

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 03.02.2014

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr – 20:50 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 12 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

Ist: 10 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Jürgen Becker

dienstl. verhindert

Herr Michael Wirth

dienstl. verhindert

#### **Ortsvorsteher**

Herr Lutz Neubert

#### **Ortschaftsratsmitglieder**

Herr Ronny Bernstein

Herr Gunther Endrikat

Herr Ullrich Hammer

Herr Dr. Fritz Hähle

Herr André Mai

Herr Robert Natzschka

Herr Thomas Renneberg

Frau Angela Schneider

Frau Christine Schubert

Herr Fritz Stengel

#### **Schriftführerin**

Frau Christine Vieweg

#### **Gäste:**

Herr Stötzer

Leiter Gebäudemanagement und Hochbau

Frau Freier

Abteilungsleiterin Tiefbauamt

Herr Uhlich

pensionierter Baufachmann

Herr Drechsel

pensionierter Baufachmann

Herr Müller

„der Turmläufer“

Herr Patt

MdL

Frau Kempe

Stadträtin

## **1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der **Ortsvorsteher Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die anwesenden Ortschaftsräte, die Gäste und die Bürger von Grüna.

## **2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Anträge zur Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor, somit gilt sie als bestätigt.

## **3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 13.01.2014**

---

Die Niederschrift des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – vom 13.01.2014 wurde zur Einsichtnahme ausgereicht. Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Die Niederschrift ist somit **genehmigt**.

## **4 Diskussion über Vorhaben von Straßen- und Fußwegsanierungen in Grüna**

---

**Herr Neubert** begrüßt Frau Freier und freut sich, dass sie über die Gesamtsituation informieren und Fragen beantworten wird. Er habe erfahren, dass der Fußwegbau an der August-Bebel-Straße (Schulweg) in den Haushaltsplan-Entwurf 2014 aufgenommen wurde. Nun suche er noch einen Weg, zur Sicherheit der Kinder am Übergang Feldstraße zusätzlich einen Zebrastreifen anzubringen.

**Frau Freier** stellt zu Anfang fest, dass im letzten Jahr in Grüna viel bewerkstelligt werden konnte. Zwei Abschnitte auf der Chemnitzer Straße wurden (z. T. aus zusätzlichen Mitteln der Winterschadensbeseitigung) mit neuem Belag versehen. Der Gehwegbau an der Forststraße/Dorfstraße solle noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Sobald es die Witterung zulasse, stehe auch die Oberflächenversiegelung an der Oberen und Unteren Bergstraße (als Restleistung nach dem Kanalbau) an. Dort habe es schon Bürgerhinweise auf schadhafte Stellen gegeben. Die finanzielle Situation der Stadt erweise sich nach wie vor als kritisch, sodass keine zusätzlichen Maßnahmen zu erwarten seien, auch nicht ein weiterer Abschnitt der Chemnitzer Straße. Lediglich der Fußwegbau an der August-Bebel-Straße (Schulweg) konnte aufgenommen werden, allerdings rückten dadurch andere Maßnahmen in der Prioritätenliste nach hinten.

Hinweise und sachliche Kritik seien immer willkommen.

**Herr Neubert** weiß, dass im Vorfeld der Kommunalwahl sich eine Stadtratsfraktion für weitere Maßnahmen stark machen wolle. Er wünscht sich, dass noch weitere Ausbesserungsmaßnahmen so unkompliziert erfolgen könnten, wie vor einiger Zeit auf der Forststraße. Weiterhin wurden auf dem ersten sanierten Abschnitt der Chemnitzer Straße bereits wieder Schäden entdeckt. Ihn interessiere nun, ob dafür noch Gewährleistungspflicht bestehe.

**Frau Freier** kann für weitere Maßnahmen in diesem Jahr wenig Hoffnung machen, auch sei bisher aus Grüna kein Bedarf bei ihr gemeldet. Neue Mittel zur Winterschadensbeseitigung gebe es nicht; die Stadt habe nur etwa ein Drittel des benötigten Geldes zur Verfügung.

Die im Jahre 2009 erfolgte Teilsanierung der Chemnitzer Straße sei nicht optimal gelaufen, die Gewährleistung ende in diesem Jahr. Die jetzigen Schäden (durchschlagende Risse) seien allerdings durch Aufgrabungen entstanden. Somit hafte der Auftraggeber dieser Arbeiten. Die Risse würden demnächst vergossen.

**Herr Neubert** bedankt sich und gibt die Diskussion frei.

**Herr Hammer** fragt an, ob die an der Bergstraße geplante Erneuerung der Rohre zur Abführung des Regenwassers aus dem Waldgebiet noch Thema sei.

**Frau Freier** verweist auf fehlende finanzielle Mittel für die eigentlich geplante Maßnahme. Sie sehe aber bei Normalregen keine Probleme. Nach Starkregen bestehe die Möglichkeit zur Reinigung dieser Anlage. Bisher seien auch keine extremen Probleme bei ihr gemeldet worden.

**Herr Stengel** erinnert an die bekannte Situation am ehemaligen Hotel Claus, wo nach dem Rückbau der Busbucht das Wasser am Gully vorbei geleitet werde.

**Frau Freier** erklärt, dass der Auftrag zur Schadensbeseitigung erteilt wurde.

**Herr Natzschka** ist sich sicher, dass das Wasser an der Oberen Bergstraße auch bei Normalregen noch längere Zeit die Straße hinab laufe.

**Ein Anwohner** weist darauf hin, dass die Fahrbahneigung der Bergstraße falsch sei, sodass das Wasser nicht den Weg zu den Einläufen finde.

**Frau Freier** bietet einen Ortstermin an, mit Vertretern von Forst und Ortschaftsrat. Herr Neubert kümmert sich um die terminliche Planung.

**Herr Hammer** spricht das Thema „fehlender Fußweg (Schulweg) August-Bebel-Straße“ an. An der Markersdorfer Straße befinde sich eine einfache Abgrenzung mit Betonsteinen, was er sich auch hier als Übergangslösung vorstellen könnte.

**Frau Freier** weiß, dass dies nicht den verkehrsrechtlichen Vorschriften entspricht und aus Haftungsgründen abgelehnt werden müsse. Eine Lösung sei ja in Sicht.

**Herr Neubert** freut sich, dass dieses Vorhaben in den Haushalt aufgenommen wurde. Er hält jedoch weitere Absprachen für erforderlich, da die optimale Lösung noch nicht gefunden sei.

**Frau Kempe** wundert sich, dass das große Schulgelände nicht für die Lösung des Problems mit genutzt wird. Kaum eine andere Schule verfüge über so viel Platz.

**Herr Neubert** weist auf die Ausführungen von Frau Kleinert zur letzten OR-Sitzung hin, dass man froh sei, die Autofahrer nicht mehr im Gelände zu haben. Trotzdem erwarte Herr Neubert von der Schule ein gewisses Entgegenkommen.

## **5 Auswertung der Verfahrensweise zur Sperrung des Totensteinturmes mit Vertretern der Stadt Chemnitz und weiteren Gästen**

---

**Herr Neubert** begrüßt die Gäste zu diesem TOP: Herrn Stötzer (Leiter Gebäudemanagement und Hochbau), Herrn Uhlich und Herrn Drechsel (pensionierte Bau fachleute) sowie Herrn Müller, ständiger Besucher des Turmes. Bedauerlicherweise habe sich Herr Richter vom Ingenieurbüro für Baustatik entschuldigt. Eigentliches Anliegen war, alle Beteiligten endlich einmal an einen Tisch zu holen (so auch die Empfehlung der Oberbürgermeisterin), um immer noch bestehende Unklarheiten auszuräumen.

**Herr Stötzer** bezieht sich auf das 4-seitige Dokument „Chronologie und Fragen zum Totensteinturm“, welches er von Herrn Stengel erhalten hat und das auch den Ortschaftsräten vorliegt. Diese Fragen sollten nacheinander beantwortet werden. Aus seiner Sicht habe sich Folgendes ereignet: Herr Richter sei aufgrund seiner Schadensmeldung vom Januar 2013 beauftragt worden, ein Gutachten zu erstellen. Darin habe er deutlich empfohlen, den Turm wegen mangelnder Standsicherheit vorübergehend zu schließen. Verschiedene Ursachen seien angeführt worden, welche zu diesem Zeitpunkt nicht alle ausgeschlossen werden konnten. Erst nach Erhalt eines weiteren Gutachtens zum Schwingungsverhalten des Turmes sei Anfang Oktober 2013 Entwarnung gegeben worden. Der Turm wurde daraufhin umgehend wieder freigegeben. Der Plan zur Sanierung vorhandener Schäden und Mängel sei erstellt, die Leistungen müssten ausgeschrieben und es müsse dafür noch ein Bauantrag gestellt und genehmigt werden.

**Herr Stengel** äußert sich eingangs anerkennend und dankbar über die fachlich anspruchsvollen Ausarbeitungen der pensionierten Ingenieure Uhlich und Drechsel. Er erinnert an das Baujahr 1998 des Turmes, und dass es seit 2002 einen „Zwilling“ exakt gleicher Bauart bei Espenhain gebe, von welchem keinerlei Probleme bekannt seien. Aus dem Jahr 2005 sei die letzte Ortsbegehung des Turmes durch die Stadt Chemnitz und den Hersteller Stahl Ehrenfriedersdorf bekannt. Welches Amt war nach der Eingemeindung für den Turm zuständig?

**Herr Stötzer** sagt, das sei von Anfang an das Grünflächenamt gewesen, mit Beratung durch das Tiefbauamt.

**Herr Stengel** sind seit 2005 keine weiteren Maßnahmen bekannt, sodass er vermutet, es habe sich keiner so richtig für den Turm verantwortlich gefühlt. Gibt es eine Turmdokumentation: Zu welchem Zeitpunkt ist was gemacht worden?

**Herr Stötzer** sagt, eine solche Dokumentation gebe es nicht; es sei bisher nicht üblich gewesen und wurde sehr formlos gehandhabt, auch mitarbeiterabhängig. Es habe im Wesentlichen turnusmäßige Begehungen gegeben, was sich aus den Protokollen zum Blitzschutz aller fünf Jahre ergebe. 2007 seien kleine Arbeiten von einer Stahlbaufirma erledigt worden, aber bereits im Jahr 2000 wurden Mängel an den Fußpunkten festgestellt, welche später abgestellt wurden. Deshalb gebe es eine gewisse Kontinuität für die gesetzlich vorgegebenen Dinge. Trotzdem sei eine Verkürzung der Prüfintervalle notwendig, auch weil das Bauwerk aufwendig sei und älter werde. Im GMH sei seit zwei Jahren ein elektronisches Management-System im Aufbau, in welches alle Daten für die etwa 500 Gebäude der Stadt Chemnitz eingetragen würden, was den Mitarbeitern künftig die formale Abarbeitung nach einem gewissen Automatismus ermögliche.

Es habe also kontinuierliche Begehungen gegeben, er würde sich im Nachgang mehr wünschen.

**Herr Stengel** bezweifelt Herrn Brehms Darstellung, dass seit der Eingemeindung und auch im vergangenen Jahr die Stadtverwaltung bezüglich des Turmes korrekt gehandelt habe. Was sagt Herr Stötzer zum Stichwort „VDI 6200“?

**Herr Stötzer** sagt, darin sei alles geregelt; nach CC1-Eingruppierung müssten zwischen 3 und 5 Jahren Begehungen durchgeführt werden, Inspektionen und Prüfungen nach Erfordernis. Alle 5 Jahre sei jemand vor Ort gewesen: ein Ingenieur für den Hochbaubereich und ein Elektroingenieur für den Blitzschutz.

**Herr Stengel:** Was sagen Sie zu der etwas zugespitzten Feststellung, ob die Sicherheit eines solchen Bauwerkes davon abhängt, ob zufällig ein Tourist einen Schaden bemerkt? Muss sich die Bevölkerung nicht darauf verlassen können, dass die Stadt mit Kontrollmechanismen alles im Griff hat?

**Herr Stötzer** verweist erneut auf die VDI, und dass man sich diesbezüglich keine Sorgen machen müsse. Als allerdings der beauftragte Statiker Zweifel an der Standsicherheit äußerte, musste unbedingt gehandelt werden, in Form der Sperrung. Zum Vergleich: Was mache die Polizei im Fall eines herrenlosen Koffers auf einem Bahnhof?

**Herr Neubert** verweist an dieser Stelle auf das seit Jahren ungepflegte Umfeld des Turmes. Einen fünfjährigen Zyklus finde er zu lang. Vor allem kann er nicht verstehen, weshalb nach der Schadensmeldung ein halbes Jahr verstrich, ohne eine Maßnahme. Bei vorhandener Gefahr hätte in dieser Zeit etwas passieren können.

**Herr Stötzer** erklärt, dass die zunächst festgestellten Schäden nicht zur Sperrung geführt hätten, sondern das eigentliche Problem mit der Deformation einer Hauptstütze erst später erkannt wurde.

**Herr Neubert** bietet die Hilfe des Ortschaftsrates bei der Pflege des Umfeldes an; Auslöser müsse aber der Verantwortliche sein.

**Herr Stötzer** entgegnet, dass sehr oft „jemand draußen“ sei, doch wie wolle man die Sicherheit gewährleisten? GMH könne keinen Hausmeister hinstellen.

**Herr Stengel** meint, die Diskussion gehe jetzt in die verkehrte Richtung. Er sei besonders enttäuscht, dass ein Jahr nach Bekannt werden der Problematik noch immer der Dreckhaufen unter der Treppe liege, in dem Bäume wachsen. Das sei Zeichen dafür, wie lange dort nichts gemacht worden ist, das solle sich Herr Stötzer mal ansehen. Der gefährlichste Teil der Turmbesteigung sei nämlich das Überqueren der von Schlamm, Laub und jetzt Eis glitschigen Platte. Warum habe man nicht mal den Grünaer Bauhof gefragt?

**Herr Stötzer** versichert, das Problem sei erkannt, es gebe eine Ausführungsplanung für eine Entwässerungsrinne um die Platte im Rahmen der anstehenden Baumaßnahmen. Die Platte selbst solle ein Gefälle erhalten. Die angebotene Hilfe des Ortschaftsrates würde er zur Verkehrssicherheit gern in Anspruch nehmen.

**Herr Neubert** verweist in diesem Zusammenhang erneut auf die fehlenden Kompetenzen des Ortschaftsrates. Gern würde er die Mitarbeiter des Bauhofes, die ohnehin auf dem Totenstein Papierkörbe entleerten, mit einbeziehen und regelmäßige kleinere Arbeiten erledigen lassen.

Erfreut sei er über die freiwillige Arbeit der beiden pensionierten Fachkräfte. Leider wurde deren fachliche Kompetenz nicht mit in die Chemnitzer Entscheidungen einbezogen und kein Gespräch mit ihnen geführt.

**Herr Uhlich** gesteht jedem Bürger zu, auch Herrn Richter, einen Schaden zu melden. Er könne jedoch nicht verstehen, dass es dann sechs Monate dauere, eine Entscheidung zu treffen; erst dann habe man die kritische Verformung gesehen. Herr Stötzer habe erklärt, es sei „immer jemand draußen gewesen“. Aber was sei denn das Ergebnis? Die Blitzschutz-Kontrolle habe mit einer Bauwerksprüfung gar nichts zu tun. Herr Uhlich vergleicht mit seiner früheren Tätigkeit bei der Überwachung von Brücken, da habe er allein anhand der Akten den Zustand eines Bauwerks beurteilen können. Analog hätte die Beobachtung von Herrn Richter bereits vorher in einem Prüfbericht stehen müssen, sodass man nicht rätseln müsse, woher der Schaden kommt, und deshalb Gutachten anfertigen musste. Jeder Verwalter müsse Bauwerksakten einschließlich Statiken haben, in denen er Probleme zunächst selbst beurteilen kann. Herr Uhlich vermutet, dass man Herrn Richter gar keine Statik zeigen konnte, denn die habe man erst nach Monaten im Landratsamt Glauchau gefunden. (Herr Stötzer: „Das ist richtig.“) Es wäre doch nun ein Leichtes, zu sagen, in den letzten 8 -10 Jahren sei nicht alles akkurat gelaufen, jetzt solle es aber besser gehen. Und es sei doch schön, die Ortschaft mit einzubeziehen.

Das alles sei für Herrn Uhlich der Grund für sein Engagement gewesen. Nun solle man vielleicht nicht das Alte bis ins Letzte ausgraben, sondern sehen: Wie kann es da draußen besser werden? (*Beifall von den Ortschaftsräten*)

Auf Frage von Herrn Neubert bestätigt **Herr Stötzer**, dass er die notwendigen Akten nicht in vollem Umfange zur Verfügung hatte, und fragt seinerseits: Wieso denn nicht? Es gebe eine geteilte Verantwortung, wenn das Hochbauamt als Dienstleister Maßnahmen durchführe. Dann müsste eine entsprechende Dokumentation dem Betreiber übergeben werden; warum nicht in der Stadt Chemnitz? Er wisse es nicht und halte es für einen ziemlich unglaublichen Vorfall. Nun werde alles zusammengetragen.

**Herr Neubert** warte noch immer auf die Antwort von Herrn Brehm, wieso auf so einer Grundlage Abseilübungen der Feuerwehr und des THW zugelassen wurden.

**Herr Heiber**, Grünaer Einwohner und ehemaliger Mitarbeiter der Bauaufsicht, ist erschüttert über die Verfahrensweise vom Bekannt werden des Schadens bis zur Sperrung. Als er hörte, dass sich in Chemnitz keine oder unvollständige Bauunterlagen befanden, habe er privat recherchiert und festgestellt, dass diese noch immer in seiner ehemaligen Dienststelle in Glauchau lagen. Sie seien dort zwar angefordert, aber nie abgeholt worden. Die Sperrung des Turmes gerade während des Grünaer Heimatfestes sei vermeidbar gewesen. Wenn aber die

Gefahr wirklich so groß gewesen sei, hätte man auch das Gelände um den Turm sperren müssen.

**Herr Neubert** mutmaßt, dass sich in einer kleineren Struktur die Arbeiten nicht so in die Länge gezogen hätten. Er möchte aber optimistisch in die Zukunft schauen und hofft, dass künftig der Ortschaftsrat besser einbezogen werde. Weiterhin interessiere ihn der Umfang der anstehenden Maßnahmen.

**Herr Stötzer** zählt die geplanten Sanierungsarbeiten auf:

- Arbeiten am Stahlbau, um das Objekt etwas steifer zu machen
- untere Felder der Abspannungen werden ausgetauscht gegen Vollprofile (statisch nicht zwingend, aber sinnvoll)
- Änderung der Fußpunkte
- Aussteifung, um die Treppe gegen Schwingungen zu stabilisieren
- Ein Austausch der Hauptstütze ist rechnerisch nicht erforderlich, aber eine Verstärkung (eine Art Hülse wird darüber gelegt).
- Die Seile werden von oben bis unten straff gezogen.
- Roststellen werden nachgearbeitet und neu verzinkt (am gesamten Objekt)

**Herr Uhlich** möchte wissen, ob Arbeiten an den Fußpunkten vorgesehen sind. In der „Schadstütze“ stehe ständig Wasser. Diese Misere sei durch die Betonkränze eingetreten. Er frage sich, wer auf die „verrückte Idee“ kam, diese anzubringen.

**Herr Stötzer** vermutet, dass dies bereits mit der Ausführung geschehen sei. Es gebe dazu ein Fax über ein Telefonat am 11.5.2000 mit Herrn Wierick (der Name sage ihm nichts).

**Herr Uhlich** berichtet, das sei der Planungsingenieur des Turmes. Der habe ihm gesagt, Zweck der Betonkränze sei, dass keine Unbefugten die Ankerschrauben lösen. Über den Zeitpunkt der Maßnahme gibt es keine Einigkeit mit Herrn Stötzer. Herr Uhlich habe von ähnlichen Fällen gehört, dass der innere Eisdruck aus Vierkantprofilen Rundrohre gemacht habe, und vermutet das Gleiche hier.

**Herr Stötzer** teilt mit, dass die Kränze entfernt würden.

**Herr Müller** (der fast täglich den Turm besteigt) behauptet, schon seit Jahren den Grund für die Schäden zu kennen, und dass die Stadt dies aufgrund einer Meldung seit mehreren Jahren auch wisse. Ein Herr, den er persönlich kenne, meldete damals das Aufplatzen der Geländerstiele. Dort laufe Wasser hinein, welches nicht wieder hinaus könne. Daraufhin seien später Entwässerungsbohrungen angebracht worden; der Ausführende habe berichtet, aus der betreffenden Stütze sei eine halbe Stunde lang Wasser gelaufen. Demnach hätte diese bis zur Schadenshöhe von 5,80 Metern voll gelaufen sein können. Hier habe möglicherweise ein Fertigungs- bzw. Montagefehler vorgelegen.

**Herr Stötzer** schließt sich dieser Vermutung an. In vorliegendem Schriftverkehr mit dem Hersteller werde das Problem jedoch nicht erwähnt.

Im Folgenden diskutieren die Teilnehmer weitere Schadenstheorien.

**Herr Neubert** wünscht sich, dass eine Fachdiskussion wie heute schon viel früher stattgefunden hätte, weil es viele Leute gebe, die sich Gedanken machten. Damit hätte man auch Kosten sparen können. Er verstehe deshalb nach wie vor nicht, dass Herr Brehm nur die Gutachten-Aussagen berücksichtigt habe. Warum habe die Stadt sich so gewehrt, auch andere Leute, die ihre beruflichen Erfahrungen kostenfrei einbrachten, mit an einen Tisch zu holen?

**Herr Stötzer** habe sich für die Zuarbeit auch bedankt, jedoch sei ein Problem die fehlende Haftpflicht, weil die pensionierten Herren ja kein Ingenieurbüro mehr führen. Auch Kostenfreiheit sei für einen öffentlich-rechtlichen Auftraggeber problematisch. Zum Einwurf des anfänglichen Zeitverlustes meint er, er habe ja nicht gewusst, dass die Herren Uhlich und Drechsel bereits an der Sache dran wären, sonst hätte er sie sofort einbezogen. Aber da sei das Gutachten bereits auf dem Weg gewesen. Für die Zukunft wisse er das.

**Herr Neubert** bedankt sich ausdrücklich für das Engagement der pensionierten Ingenieure. Dann äußert er Unverständnis für ein Warnschild am Fuß des Turmes.

**Herr Stötzer** weist darauf hin, dass auf dem Turm natürlich eine gewisse Gefahr bestehe; man könne das ergänzen um die Gefahr des Ausrutschens am Boden. Es gebe auch Überlegungen, ein weiteres Schild aufzustellen, dass Feuerwehr, Bundeswehr u.s.w. dort nichts zu suchen hätten (mit Stahlseilen). Höhenrettung sei etwas Anderes, mit flexiblen Seilen. Das damals zuständige Grünflächenamt (Dr. Kupfer) sei von der Bundeswehr gefragt worden; ihm war wohl nicht klar, was da alles dran hing. Auf Zwischenfrage, ob diese Zusage heute noch gelte, sagt Herr Stötzer: „Wenn sie sich an uns wenden, werden wir es nicht genehmigen.“

**Herr Drechsel** fragt, ob die Gutachten-Büros geheim seien. Herr Stötzer verneint dies und nennt die GMG Ingenieurgesellschaft mbH Dresden, die sich sehr gut mit Schwingungen auskennen. Das andere sei das Ingenieurbüro Richter.

**Herr Bernstein** erinnert sich, dass er nach der Eingemeindung als „letzter Zivi“ Gemeinde-Akten nach Chemnitz bringen musste. Er könne sich vorstellen, dass nicht alle Unterlagen an die richtige Stelle gekommen seien, und dass die Stadt schon vor den Eingemeindungen entsprechende Probleme gehabt habe. Das sei aber immer auf konkrete Personen zurückzuführen.

Was bisher schief gelaufen sei, sollte man beiseite lassen; er begrüßt das Angebot von Herrn Stötzer, sich in Zukunft intensiver und gezielter um das Bauwerk zu kümmern, und dem Ortschaftsrat etwas mehr Freiheit bei der Instandhaltung zu geben. Den Herren Uhlich und Drechsel gebühre Dank; man könne sich ja mal zu einem Glas Sekt auf dem Turm treffen.

**Herr Stengel** nimmt dies zum Anlass, den beiden Herren (privat) eine Flasche „Oberförsters Aufstiegshilfe“ zu überreichen.

**Herr Uhlich** betont, dass es ihm auch Freude bereitet habe, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

**Herr Neubert** bedankt sich noch einmal bei allen Beteiligten, freut sich über die Sachlichkeit des Gesprächsverlaufes und wünscht diese Art der Zusammenarbeit auch für die Zukunft.

**Herr Stengel** bittet Herrn Stötzer, eine kurze Zusammenfassung dieses Gesprächs aus seiner Sicht anzufertigen, einschl. seiner Schlussfolgerungen für künftige Maßnahmen und die Zusammenarbeit mit dem Ortschaftsrat. Dies wird bejaht.

**Herr Uhlich** weist nochmals auf die erforderliche Dokumentation für wiederkehrende Bauwerksprüfungen hin, die mit der eingangs erwähnten neuen Software nicht gewährleistet sei.

**Herr Stötzer** bestätigt, das sei Teil der jetzigen Planung.

## **6 Informationen des Ortsvorstehers**

---

### **Termin AG Straßenreinigung**

Am 06.03.2014, 16.30 Uhr, lädt die AG Straßenreinigung zu einem Gespräch ein. Herr Hammer wird delegiert, weil Ortsvorsteher und Stellvertreter verhindert sind.

### **Gespräch der Ortsvorsteher mit Herrn MP Tillich bei der OB am 24.01.2013**

**Herr Neubert** berichtet, dass er im Vorfeld dieses Gesprächs zu den anderen Ortsvorstehern Kontakt aufgenommen hatte, jedoch war das Interesse begrenzt. Auch das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten sei unter Regie der Oberbürgermeisterin nicht optimal verlaufen, vor allem aus Grünaer Sicht. Ein Folgetermin wird angestrebt.

**Herr Stengel**, der in Vertretung von Herrn Neubert teilnahm, zeigt sich ebenfalls sehr unzufrieden, vor allem mit seiner eigenen Rolle. Er habe sich wohl nicht frühzeitig und nicht energisch genug zu Wort gemeldet – Herr Tillich musste aufgrund

seines Terminkalenders die Runde ohne den Grünaer Standpunkt verlassen. Doch sei auch der Gesprächsverlauf nicht wie erwartet gewesen: Beginn 20 Minuten später, weil das Vorgespräch mit Frau Ludwig überzogen wurde, der Zeitpunkt des Endes war nicht bekannt, und außer den von Herrn Tillich gewünschten acht Ortsvorstehern hatte Frau Ludwig noch zwei Bürger-Vertreter (Quartiersmanagerin und Bürgerplattform) hinzu geladen. Die letzten Minuten habe Frau Ludwig mit Erläuterungen des Saalgemäldes gefüllt.

Nach kurzem Kontakt mit dem Referenten des Ministerpräsidenten habe Herr Stengel den vorbereiteten Standpunkt schriftlich an die Staatskanzlei nachgereicht und den anderen Ortsvorstehern sowie Frau Ludwig eine Kopie übergeben. Darin werde der Ministerpräsident um Vermittlung an eine kompetente Stelle gebeten, um endlich Klarheit über die richtige Anwendung des §67 SächsGemO zu erhalten. Die Frage sei: Handelt es sich um eine „Kann-Bestimmung“, wie Herr Brehm in der OR-Sitzung Januar sagte, oder nicht? Wird ein eigenes Budget des Ortschaftsrates für kleinere Reparaturen, Grünflächenpflege etc. tatsächlich durch EU-Recht verhindert oder durch den Unwillen der Stadt? Ist eine Gleichbehandlung von Stadtteilen mit und solchen ohne Ortschaftsverfassung im Sinne des Gesetzes?

Aufgrund einer Zeitungsmeldung habe Herr Stengel auch Kontakt zu einem Rechtsprofessor an der TU Chemnitz aufgenommen und einen Beratungstermin für den 25. Februar vereinbart.

**Herr Dr. Hähle** zeigt sich von den Ausführungen überrascht und vermisst Transparenz. Er hätte in der Angelegenheit gern geholfen.

**Herr Stengel** sieht durch seinen Bericht die Transparenz gewahrt; **Herr Neubert** erinnert an seine Ankündigung des Gesprächs mit dem MP in der vorigen OR-Sitzung.

### **Sprudelstein am Hexenberg**

**Herr Herrmann** (Heimatverein) kümmert sich weiterhin sehr engagiert um dessen Funktion. Künftig würden durch eine Förderung von enviaM Solarmodule zur Verfügung gestellt, welche eine enorme Kosteneinsparung bringen.

### **Kulturhaus in Grüna (KiG)**

**Herr Müller** (Verwaltung Simmel AG) hatte die Vollmacht zur Ersteigerung des ehemaligen KiG. **Herr Neubert** war zum Termin mit zugegen und freut sich, das Kulturhaus wieder in Grünaer Händen zu wissen. Bereits morgen beginne der Umbau. Es liege nun mit an uns, dieses Haus wieder mit Leben zu erfüllen. Der Saal solle wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Er selbst habe von Herrn Simmel die Aufgabe der Verwaltung des Gebäudes übertragen bekommen.

---

## **7 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

## **8 Einwohnerfragestunde**

**Herr Patt** informierte sich verabredungsgemäß über die Handhabung des §67 SächsGemO in anderen sächsischen Großstädten. In Leipzig sei es ähnlich restriktiv wie in Chemnitz, Ortschaftsräte hätten wenig Kompetenzen. In Dresden aber sei das völlig anders. Er nennt ein Beispiel, wo Ortschaftsräte über erhebliche Mittel verfügen (Ortschaft mit 3700 Einwohnern – Budget 300.000 Euro). Er spricht sich weiterhin gegen die immer vorgeschobene „Gleichbehandlung“ aus, denn Ungleiches könne man nicht gleich behandeln. Viele der „alten“ Stadtteile seien einfach „Chemnitz“. Stadtteilmanager und Vertreter von Bürgerplattformen seien im Gegenteil zu Ortschaftsräten bezahlte Leute und nicht demokratisch gewählt.



**Herr Herrmann** versteht die Logik von Frau Ludwig nicht, weshalb man „um jeden Preis“ gleichbehandeln müsse. Es gebe für jede Kommune eine Verpflichtung zur wirtschaftlichen Haushaltsführung. Wenn durch demokratisch gewählte Gremien einer kleineren Struktur etwas wirtschaftlich besser zu machen sei, sollte es auch so getan werden. Auch die Aussagen von Herrn Brehm zur letzten Sitzung des Ortschaftsrates finde er bedenklich, ständig werde das EU-Recht vorgeschoben. Er sehe gespannt dem Gespräch mit Professor Gramlich entgegen.

**Herr Stengel** bietet auch den anderen Ortschaftsräten eine Teilnahme an diesem Gespräch an; Herr Dr. Hähle zeigt Interesse.

**9 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna**

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden nach Absprache die Ortschaftsräte Herr Bernstein und Herr Hammer benannt.

..... Datum      Lutz Neubert  
Ortsvorsteher

..... Datum      R. Bernstein  
Mitglied  
des Ortschaftsrates

..... Datum      U. Hammer  
Mitglied  
des Ortschaftsrates

..... Datum      Vieweg